

Deutschland-Emmendingen: Bau von Kliniken

OJ S 42/2021 02/03/2021

Vorinformation**Bauleistung****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Zentrum für Psychiatrie Emmendingen (AdöR)

Postanschrift: Neubronnstraße 25

Ort: Emmendingen

NUTS-Code: DE133 Emmendingen

Postleitzahl: 79312

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Vergabestelle der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH – sh. Abschn. I.3)

E-Mail: vergabestelle@klinloe.de

Telefon: +49 7621416-8809

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.zfp-emmendingen.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E26243477>Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E26243477>

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH

Postanschrift: Spitalstraße 25

Ort: Lörrach

NUTS-Code: DE139 Lörrach

Postleitzahl: 79539

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Bereich: Bau- und Betriebsorganisation

E-Mail: vergabestelle@klinloe.de

Telefon: +49 7621416-8809

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: <http://www.klinloe.de/home.html>**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Andere: Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (AdöR)

I.5. Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

GÜ-Leistung Klinikneubau-schlüsselfertig
Referenznummer der Bekanntmachung: ZS-001.GÜ

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

45215130 Bau von Kliniken - DA17

II.1.3. Art des Auftrags

Bauftrag

II.1.4. Kurze Beschreibung

Auftragsgegenstand sind Planungs- und Bauleistungen für die Herstellung des schlüsselfertigen Neubaus des Zentrums für seelische Gesundheit (im folgenden ZsG genannt), inkl. anteiligen Planungsleistungen sowie Optimierungs- bzw. innovative Vorschläge zu wirtschaftlicheren/funktionsgerechteren Ausführungsalternativen (Ausführungskonzept).

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

45215130 Bau von Kliniken - DA17

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE139 Lörrach

Hauptort der Ausführung: ZsG am Campus Zentralklinikum Lörrach (in Entwicklung: östlich an das Gewerbegebiet Entenbad anschließend) Künftig: Im Entenbad 4b 79541 Lörrach

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH wird zur Nutzungs-/Betriebszusammenführung der bisherigen 3 Standorte Lörrach, Schopfheim und Rheinfeldern mit aktuell rund 590 Betten /Plätzen sowie des St. Elisabethen-Krankenhaus Lörrach mit aktuell rund 240 Betten/Plätzen einen Neubau für ein Zentralklinikum errichten und hierzu im Lörracher Stadtteil Brombach einen neuen, mit weiteren, kliniknahen Nutzungen versehenen Klinikcampus ausbilden. Auf diesem neuen Klinikcampus wird auf einem ausgelösten Teilgrundstück durch die Auftraggeberin, das Zentrum für Psychiatrie Emmendingen AdöR (im Folgenden „ZfP“), der Neubau des Zentrums für seelische Gesundheit (im Folgenden „ZsG“) – in enger Anbindung an das Zentralklinikum – errichtet. Das künftige ZsG auf dem Klinikcampus wird im Bereich der Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrie eine Gesamtbettenzahl von rund 145 stationären Betten und 15 tagesklinischen Plätzen haben. Die Fertigstellung des Neubaus „Zentrum für seelische Gesundheit“ ist für das Jahr 2025 vorgesehen und umfasst rund:

- > 8 850 m² Nutzfläche (NUF),
- > 17 600 m² Bruttogrundfläche (BGF),
- > 76 800 m³ Bruttorauminhalt (BRI).

Die nun anstehenden Planungs- und Bauleistungen umfassen

— Erbringung aller für die Herbeiführung des Werkerfolges noch erforderlichen Architekten-/Ingenieurleistungen (inkl. besonderer Leistungen) und noch erforderlicher Gutachter-/Sachverständigenleistungen: auf Basis der im Rahmen einer funktionalen

Leistungsbeschreibung (FLB) bezeichneten Schnittstellen, vorgelegten technischen Zeichnungen und weitergehenden Unterlagen der bereits erbrachten Entwurfs- und Genehmigungsplanung sowie der vom AG eingeholten Baugenehmigung für die Errichtung des ZsG Lörrach als Stahlbeton-Skelett-Konstruktion in Massivbauweise in Ortbeton,

- Erstellung aller Bestands-/Revisionspläne unter Berücksichtigung der BIM-Anforderungen,
- Erstellung etwaiger Tekturen zur Genehmigungsplanung, so denn durch den AN diesbezüglich in der bereits erstellten und dem AN bereitgestellten Planung Änderungen vorgenommen werden,
- Erbringung sämtlicher Lieferungen, Bauleistungen und sonstiger Leistungen, die erforderlich sind, um die Baumaßnahme vollständig und mängelfrei innerhalb der vereinbarten Termine herzustellen – insbesondere hervorzuheben sind:
 - Freianlagen, die in direkter Verbindung mit dem Gebäude zu planen bzw. zu erstellen sind (z. B. Dachterrassen/-gärten sowie ein 4-seitig umschlossener Innenhof),
 - Erdarbeiten inkl. Entsorgung, sofern diese zur Erstellung der Baugrube notwendig sind,
 - Leitungsführungen im Außengelände vom Gebäude des ZsG bis zur s.g. Versorgungszentrale (gemeinsame zentrale Versorgung des Gesamtcampus, vorab AG-seitig errichtet),
 - Baustelleneinrichtung und Erdbewegungen,
 - Feinaushub der Baugrube und Feinplanum,
 - Vermessungs- und Absteckarbeiten nach Erfordernis,
 - provisorische Abdichtungsarbeiten,
 - Verfüllung der Baugrube.

Ferner werden Planungsleistungen erwartet, die der Optimierung der Bauabläufe und Baustelleneinrichtung sowie der Sicherung des Risiko- und Störungsmanagements dienen und die Ausführungsarten technisch optimieren. Weitere Projektinformationen können den Vergabeunterlagen entnommen werden.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 05/05/2022 Ende: 31/03/2025

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

II.2.11. Angaben zu Optionen

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die unter Ziffer II.2.7) benannte Laufzeit des Vertrages ist zunächst vorläufig und abhängig vom Verhandlungsergebnis. Die entgeltliche Vertragslaufzeit wird im Rahmen der Angebots-/Verhandlungsphase (Verfahrensstufe 3) festgelegt.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Die Befähigung zur Berufsausübung ist nicht mit der Interessensbekundung aufgrund der vorliegenden Vorinformation mit Aufruf zum Wettbewerb (Verfahrensstufe 1), sondern erst mit der Interessensbebestätigung im Teilnahmeantrag (auf Basis des zur Verfahrensstufe 2 bereitgestellten Formularsatzes) nachzuweisen. hierzu geforderte Mindeststandards:

1) Aktueller (zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist nicht älter als 6 Monate) Nachweis über eine gültige Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister oder der Handwerksrolle, soweit nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaates am Sitz oder Wohnsitz des Bewerbers Entsprechendes verpflichtend vorgesehen ist. Für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind die jeweiligen Berufs- oder Handelsregister und die Bescheinigungen oder Erklärungen über die Berufsausübung in Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG (ABl. L 94 vom 28.3.2014, S. 65) aufgeführt.

2) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 6e EU Abs. 1 bis 4, Abs. 6 VOB/A vorliegen. Etwaige Maßnahmen des Bewerbers zur Selbstreinigung nach § 6f EU VOB/A sind als gesonderte Erklärung einzureichen.

Detaillierte Angaben zu den Verfahrensstufen und den jeweiligen Anforderungen/Bedingungen sind dem mit dieser Vorinformation bereitgestellten Verfahrensleitfaden (Ziffer 3-6) zu entnehmen.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1) Angabe/Eigenerklärung über den jährlichen Gesamtumsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind - jeweils aufgeschlüsselt nach „Planungsleistungen Gebäude und Innenräume“ und „schlüsselfertiger Bau“.

2) Eigenerklärung, ob und auf welche Art das Unternehmen wirtschaftlich mit anderen Unternehmen verknüpft ist.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(1) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 21 des AEntG, § 98c des AufenthG, § 19 des MiLoG und § 21 des SchwarzarbG vorliegen.

(2) Verpflichtungserklärung, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz – LTMG) angewendet wird.

(3) Der Umsatz des Unternehmens, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er den schlüsselfertigen Bau inkl. Planungsleistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, muss jährlich über netto 20 Mio. EUR liegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(1) Angaben über die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem Leitungspersonal, jeweils aufgeschlüsselt nach „Planung Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI)“ und „schlüsselfertiger Bau“.

(2) Eigenerklärung über Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung für die Ausführung des Auftrags.

(3) Angaben oder Organigramme der Umweltmanagementmaßnahmen, die der Unternehmer während der Ausführung anwenden kann.

(4) Angaben über die weitgehende, mindestens zu 80 % abgeschlossene Ausführung vergleichbarer Leistungen in den vergangenen 10 Jahren (Referenzen), mit Leistungserbringung ab 1.1.2011 bis Eingangsfrist Teilnahmeantrag zum „Schlüsselfertigen Bau“ sowie „Planungsleistungen Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI) in den Leistungsphasen 5 bis 8“ und „Planungsleistungen Technische Gebäudeausstattung der Anlagengruppen 1-8 (§ 55 HOAI) in den Leistungsphasen 5 bis 8“. Als vergleichbar angesehen werden schlüsselfertige Neubauten, inkl. Planungsanteil, für eine Klinik oder Pflegeeinrichtung, einen Hotelbau, eine Maßregelvollzugsanstalt oder ein Gebäude mit vergleichbaren Anforderungen. Bei Bewerbungsgemeinschaften müssen die Referenzen von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft nur für die Teilleistung („Schlüsselfertiger Bau“, „Planungsleistungen Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI) in den Leistungsphasen 5 bis 8“ und „Planungsleistungen Technische Gebäudeausstattung (§ 55 HOAI) in den Leistungsphasen 5 bis 8“) erbracht werden, für deren Erbringung das jeweilige Unternehmen nach der von der Bewerbungsgemeinschaft vorgesehenen Aufgabenteilung vorgesehen ist. Für jede Referenz sind nachfolgend benannte Angaben im Formularsatz des Teilnahmeantrages einzutragen – ergänzende Projektbeschreibungen zum Teilnahmeantrag sind zulässig, die Vorlage von mehr als fünf vergleichbaren Referenzen ist nicht erwünscht:

— Projektbezeichnung,

— Bauherr/Auftraggeber mit Ansprechpartner, Mailadresse und Telefonnummer,

— kurze Beschreibung des Projekts,

— Angaben zum Leistungsumfang und Angaben zu hiervon selbst erbrachten Leistungen,

— Angaben zum Projektvolumen (Gesamtherstellungskosten KG 200-700 nach DIN 276, netto) und zur beauftragten Leistung (Gesamtauftragssumme, netto),

— Angaben zu Kenndaten Nutzfläche (NUF), Bruttogeschossfläche (BGF) und Bruttorauminhalt (BRI),

— Angaben zum Zeitraum der Leistungserbringung (Ausführungsbeginn und -ende), jeweils bezogen auf die Planungs- und Bauleistung, und zum Zeitpunkt der Abnahme.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

(1) Eine Referenz über erbrachte Planungsleistungen für Gebäude und Innenräume (§ 34 HOAI) in den Leistungsphasen 5 bis 8 für einen Neubau einer Klinik oder Pflegeeinrichtung, eines Hotelbaus, einer Maßregelvollzugsanstalt oder eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen, mit einem Gesamtprojektvolumen (KG 200 bis 700 nach DIN 276) von mindestens 25 Mio. EUR netto. Der vorstehende Leistungsumfang der Mindestreferenz kann entweder durch ein Referenzprojekt nachgewiesen werden, das die Leistungsphasen 5 bis 8 abdeckt und die vorstehenden Anforderungen erfüllt oder durch 2 Referenzprojekte, die kumuliert die Leistungsphasen 5 bis 8 abdecken und die vorstehenden Anforderungen erfüllen.

(2) Eine Referenz über erbrachte Planungsleistungen für die Technische Gebäudeausrüstung (§ 53 HOAI) in den Leistungsphasen 5 bis 8 für einen Neubau einer Klinik oder Pflegeeinrichtung, eines Hotelbaus, einer Maßregelvollzugsanstalt oder eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen, mit einem Gesamtprojektvolumen (KG 200 bis 700 nach DIN 276) von mindestens 25 Mio. EUR netto. Der vorstehende Leistungsumfang der Mindestreferenz kann entweder durch ein Referenzprojekt nachgewiesen werden, das die Leistungsphasen 5 bis 8 abdeckt und die vorstehenden Anforderungen erfüllt oder durch 2 Referenzprojekte, die kumuliert die Leistungsphasen 2 bis 8 abdecken und die vorstehenden Anforderungen erfüllen.

(3) Eine Referenz über erbrachte Bauleistungen zum schlüsselfertigen Neubau einer Klinik oder Pflegeeinrichtung, eines Hotelbaus, einer Maßregelvollzugsanstalt oder eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen, mit einem Gesamtprojektvolumen (KG 200 bis 700 nach DIN 276) von mindestens 25 Mio. EUR netto.

Die gleiche Referenz kann diese 3 Mindeststandards erfüllen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Bedingungen gemäß mit dieser Vorinformation bereitgestellten Verfahrensleitfaden (Link sh. Formular-Ziffer I.3) Kommunikation).

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang von Interessenbekundungen

Tag: 01/04/2021 Ortszeit: 10:00

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.5. Voraussichtlicher Beginn der Vergabeverfahren

08/04/2021

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

Es handelt sich um ein mehrstufiges Verhandlungsverfahren mit vorgeschalteter Vorinformation als Aufruf zum Wettbewerb (Stufe 1) und anschließender Interessenbestätigung nebst nicht offenem Teilnahmewettbewerb mit den in Stufe 1 interessebekundenden Bewerbern als Erfüllungsnachweis/-prüfung der Mindest-/Eignungsbedingungen (Stufe 2) sowie darauffolgender Angebots- und Verhandlungsphase mit den in Stufe 2 ausgewählten Bietern (Stufe 3). In allen 3 Verfahrensstufen wird durch die Auftraggeberin für die kosten- sowie barrierefreie Bereitstellung der Vergabeunterlagen sowie für die Bieterkommunikation im gesamten Verfahrensprozess, für die Übermittlung von Interessensbekundungen, Teilnahmeanträgen/Interessensbestätigungen und Angeboten sowie für die nachträglichen Informationen zur Ausschreibung die eVergabeplattform „subreport“ genutzt. Die Interessenten/Bewerber/Bieter haben hiermit jederzeit und uneingeschränkt die Möglichkeit, über den in dieser Vorinformation benannten Link „<https://www.subreport.de/E26243477>“ oder direkt bei subreport unter der ELVIS-ID „E26243477“ Zugang zur Kommunikationsebene sowie zu den Vergabeunterlagen zu erlangen. Für die elektronische Übermittlung von Interessensbekundungen,

Teilnahmeanträgen/Interessensbestätigungen und Angeboten sind die jeweiligen Regelungen unter Ziffer 4 bis 6 Verfahrensleitfadens zu beachten.

Mit dieser Vorinformation als Aufruf zum Wettbewerb wird die Auftragsbekanntmachung im Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb ersetzt. Dieser Auftrag wird demnach ohne gesonderte Auftragsbekanntmachung vergeben. Durch die Vorinformation als Aufruf zum Wettbewerb werden die am Auftrag interessierten Unternehmen in die Lage versetzt, sich rechtzeitig auf das anstehende Vergabeverfahren einzustellen und die dafür benötigten Kapazitäten für den Teilnahmewettbewerb sowie die Angebotsbearbeitung einzuplanen und vorzuhalten.

Auf Basis der mit dieser Vorinformation bekannt gemachten Informationen zum Auftrag werden im Rahmen der Verfahrensstufe 1 die interessierten Unternehmen aufgefordert, ihr Interesse zur Teilnahme am benannten Vergabeverfahren mitzuteilen (Interessensbekundung). Diese Interessensbekundung erfolgt anhand eines AG-seitig bereitgestellten Formulars und der mit Ziffer 4 des Verfahrensleitfadens beschriebenen Regelungen.

Unternehmen, die ihr Interesse nicht auf diese Weise bekundet haben, sind vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Alle Unternehmen, die auf die Veröffentlichung der Vorinformation hin eine Interessensbekundung übermittelt haben, werden sodann zur Bestätigung ihres Interesses an einer weiteren Verfahrensteilnahme aufgefordert (Aufforderung zur Interessensbestätigung – vgl. Ziffer 5 des Verfahrensleitfadens). Mit der Aufforderung zur Interessensbestätigung wird zugleich der Teilnahmewettbewerb nach § 3b EU Abs. 3 Nr. 1 VOB/A eingeleitet (Verfahrensstufe 2).

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung oder in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Interessensbekundung, zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Im Übrigen sind Verstöße gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen nach Kenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen.

Ein Nachprüfungsantrag ist innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen (§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)).

Die o. a. Fristen gelten nicht, wenn der Auftraggeber gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist.

Setzt sich ein Auftraggeber über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes

Gestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg im Regierungspräsidium
Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15/Seiten/default.aspx>

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

25/02/2021